



Bürger:innenbrief

21. Dezember 2021

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Mietsteigerungen +++ Zum Regierungsprogramm +++ Holstenareal +++ Cum Ex +++ Schill revisited +++ Hamburg im Kino



Einer unserer Wünsche, dass das derzeit ungeschützte Stahlgerüst der alt-ehrwürdigen Schiller-Oper den Winter übersteht und endlich wieder eine Zukunft als attraktiver Raum für die Menschen bekommt! (Foto: F. von der Burg, Schiller-Oper-Initiative)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Regierungsbildung auf Bundesebene ist abgeschlossen, vier Jahre werden wir es absehbar mit einer Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und FDP zu tun haben. Wer das vor Jahren hinsichtlich der GRÜNEN noch für undenkbar gehalten hätte, reibt sich jetzt vielleicht verstärkt die Augen. Klar, die soziale Frage und die Vermögensverteilung waren nie ihr Hauptanliegen. Aber wer jetzt die ersten Auftritte unserer neuen, grünen Außenministerin betrachtet, könnte gar ins Grübeln geraten: China und vor allem Russland: gaaanz böse Buben; die NATO und ihre Streitkräfte: ein Hort des Friedens und der Demokratie. Wir erinnern uns noch gut an die frühen achtziger Jahre, als wir auch mit den GRÜNEN gegen den NATO-Doppelbeschluss und die neuen US-Atomraketen demonstrierten... Halt andere Zeiten. Wohin mögen uns bei

dem gegenwärtigen Gerassel wohl die neuen führen?

Aber gut, wir sind in Hamburg und haben hier linke Akzente zu setzen. Diesbezüglich macht es uns die Hamburger Senatskoalition aus SPD und GRÜNEN gerade gar nicht allzu schwer. Die Verkündung des neuen Mietenspiegels: eine Klatzsche sondergleichen, speziell für Olaf Scholz und Senatorin Stapelfeldt. Die (fast) von der Finanzbehörde erlassenen Steuermillionen der Warburg-Bank: von Woche zu Woche sehen Bürgermeister Tschentscher und wiederum Scholz schlechter aus. Das Holstenareal und die nicht enden wollende Spekulationsspirale: befeuert durch das bewusst von der Stadt nicht in Anspruch genommene Vorkaufrecht ist ein entsprechender Polit- und Wirtschaftskrimi geradezu heraufbeschworen worden. Zu all den Punkten (und einigen mehr) haben wir in die-

sem etwas umfangreicheren »Bürger:innenbrief« etwas beizusteuern. Weihnachtszeit ist schließlich Lesezeit!

Nun wollten wir wenigstens einmal seit Monaten ohne die Erwähnung des C-Wortes in der Einleitung des »Bürger:innenbriefes« auskommen. Das ist uns gelungen. Als unser klitzekleiner Beitrag, wenigstens zum Jahreswechsel etwas Abstand und Entspannung zu finden und den fast zwei Jahre währenden Dauernerv in den Hintergrund treten zu lassen.

Wir drücken allen die Daumen, dass uns die Entwicklung nicht noch einen dickeren Strich durch die Rechnung macht, wünschen Gesundheit, einen guten Rutsch und ein kämpferisches neues Jahr für eine bessere Welt.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

Mieten steigen um mehr als 7 Prozent: Klatsche für Senat und Mieter:innen

Von Von Heike Sudmann und Michael Joho

Es ist noch schlimmer gekommen, als wir alle gedacht haben: Gegenüber der letzten Erhebung 2019 ist der durchschnittliche Mietpreis laut neuem Hamburger Mietenspiegel 2021 um 7,3 % förmlich explodiert, so stark wie seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr. Pro Quadratmeter beträgt die Erhöhung 63 Cent. Das ist eine sehr schlechte Nachricht für alle Mieter:innen und eine Klatsche für den Senat.

Wir erinnern uns. Seit der SPD-geführten Übernahme des Senats 2011 wurden insbesondere Bürgermeister Olaf Scholz, aber auch die Stadtentwicklungssenatorinnen Jutta Blankau und Dorothee Stapelfeldt (allesamt Sozialdemokrat:innen), nicht eine Minute müde, die hamburgischen »Erfolge« in der Wohnungspolitik zu feiern. Flankiert wurden sie dabei in der Bürgerschaft vor allem von Dirk Kienscherf und Martina Koepen (ebenfalls beide SPD), die noch jede Kritik an negativen Erscheinungen der Wohnungs- und Mietenpolitik gebetsmühlenartig mit dem Verweis auf die aller-, allerbesten Zahlen ganz Deutschlands und aller Großstädte konterten. So manche Entwicklung muss ihnen allen unter dem ständigen Wiederholungsdrang aus dem Auge geraten sein. Die SPD hatte sich geradezu besoffen geredet.



derholungsdrang aus dem Auge geraten sein. Die SPD hatte sich geradezu besoffen geredet.

Durchschnittliche Nettokaltmieten laut Hamburger Mietenspiegeln 2007–2021			
Hamburger Mietenspiegel	Durchschnittliche ortsübliche Vergleichsmiete pro qm netto-kalt	Prozentuale Erhöhung gegenüber dem Mietenspiegel zwei Jahre zuvor	Zum Vergleich: die Inflationsraten
2007	6,53 €	4,3 %	2006: 1,6 % 2007: 2,3 %
2009	6,76 €	3,6 %	2008: 2,6 % 2009: 0,3 %
2011	7,15 €	5,8 %	2010: 1,1 % 2011: 2,1 %
2013	7,56 €	5,7 %	2012: 2,0 % 2013: 1,4 %
2015	8,02 €	6,1 %	2014: 1,0 % 2015: 0,5 %
2017	8,44 €	5,2 %	2016: 0,5 % 2017: 1,5 %
2019	8,66 €	2,6 %	2018: 1,8 % 2019: 1,4 %
2021	9,29 €	7,3 %	2020: 0,5 % 2021: 3,1 %

Die Mieten-Angaben aus den Hamburger Mietenspiegeln 2007 bis 2021. Die Daten zu den Inflationsraten von der Website finanz-tools.de: www.finanz-tools.de/inflation/inflationsraten-deutschland.

Die bitteren Konsequenzen haben jetzt einmal zigtausende Hamburger Haushalte zu tragen. Nachdem die Mieten schon im vergangenen Jahrzehnt – also unter »rot-grün« – überproportional gestiegen waren und für viele Menschen ein schwindelerregendes, eigentlich nicht mehr zu bezahlendes Übermaß erreicht hatten, wird jetzt von den Hauseigentümer:innen und Vermieter:innen noch einmal so richtig zugeschlagen. 7,3 % höhere Durchschnittsmieten gegenüber 2019, das ist ein Zuwachs von 8,66 Euro auf satte 9,29 Euro je Quadratmeter netto-kalt. Legen wir mal beispielhaft die laut Statistikamt durchschnittliche Hamburger Wohnungsgröße von 76,2 Quadratmeter zugrunde, dann haben es Haushalte in einer solchen Wohnung mit einer Mietsteigerung von 659,89 auf 707,90 Euro netto-kalt zu tun. Das ist eine Zunahme von fast 50 Euro pro Monat, von der aktuellen Inflationsrate im Monat November 2021 von 5,2 % und den rapide steigenden Heizungs- und Nebenkosten einmal ganz abgesehen.

Besonders schlimm kommt es für die Bewohner:innen von Häusern, die auf der Fläche großer Trümmerareale in den ersten Nachkriegsjahren gebaut wurden. Das sind vor allem die großen Geschossiedlungen mit ihren vergleichsweise einfach ausgestatteten Wohnungen im Hamburger Osten, aber auch in Wilhelmsburg und Langenhorn. Ingo Böttcher von der Initiative »Hamburgs Wilder Osten« (HWO) hat für Rothenburgsort die bedrückende Rechnung aufgemacht, dass die dort massenhaft stehenden Wohnhäuser aus der Baualtersklasse 1948 bis 1960 bei den Wohneinheiten bis zu einer Größe von 65 Qua-

dratmetern Mietsteigerungen von 10,2 % verbuchen, bei den Wohnungen über 91 Quadratmeter sogar von 20,9 % pro Quadratmeter netto-kalt (www.hwo-digital.de/). Da kommt eine riesige Lawine von Mietsteigerungen auf die Menschen zu, gerade auch in den eh schon benachteiligten Quartieren. Die stellvertretende Vorsitzende des »Mietervereins zu Hamburg«, Marielle Eifler, rechnet mit 200.000 Mieterhöhungsverlangen (Hamburger Morgenpost, 14.12.2021).

Die Stimmen zum Mietenspiegel, besser wohl: zur Hamburger Wohnungspolitik sind vernichtend. »Mieter helfen Mietern« stellt angesichts des »extremen Preisanstiegs« fest: »Hamburger Mietenpolitik versagt«. Der »Mieterverein zu Hamburg« sieht für den »Mietenspiegelschock« ein Signal darin, »dass die bisherigen Bemühungen, den Wohnungsmarkt in Hamburg zu stabilisieren, offenbar nicht gefruchtet haben«. Die Initiativen »Leerstand zu Wohnraum« und »Hamburg enteignet« sowie das Netzwerk »Recht auf Stadt« geißeln unisono, dass der Senat einzig das Mantra »Bauen, bauen, bauen« bedient habe und den renditeversessenen Investor:innen das Händchen halte. Und wir von der Linksfraktion haben die sich im Mietenspiegel manifestierende Bilanz als »Klatsche der Wohnungspolitik des Senats« bezeichnet, als eine von diesem oftmals gepriesene »konsequente Wohnungsbaupolitik«, die leider konsequent und seit langem in die falsche Richtung weist.

Als Ursachen für den neuerlichen sprunghaften Anstieg, nach einem einmalig etwas geringer ausgefallenen Wert 2019 (siehe Tabelle), gibt Senatorin Stapelfeldt selbst drei Faktoren an:

Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt in der Pressemitteilung des Senats vom 13.12.2021 (Auszug)

<https://www.hamburg.de/bsw/15689402/2021-12-13-bsw-mietenspiegel/>

»Der Anstieg im aktuellen Mietenspiegel hat unterschiedliche Ursachen. Ein Teilgrund ist **ein vergleichsweise hoher Anteil von 46 Prozent Neuvertragsmieten**. In diesen Fällen wurden die Mieten beim Einzug in eine Wohnung in einem neuen Vertrag, nicht die Mieten in bereits laufenden Verträgen erhöht. Bei Neuvermietungen liegen die Mieten meist höher als die Bestandsmieten.

Ein weiterer Aspekt ist eine **erhöhte Modernisierungsaktivität**. Besonders ins Gewicht fällt die Verdopplung des Anteils der mit Modernisierung begründeten Mieterhöhungen in Wohnungen der Baujahre von 1948 bis 1960. Diese mit Abstand größte Baualtersklasse umfasst fast 165.000 der relevanten 563.000 Wohneinheiten, also knapp 30 Prozent der Gesamtheit. Entsprechend groß ist die Auswirkung der Steigerung der Durchschnittsmiete um 8,6 Prozent in dieser Gruppe.

Einen Beitrag leisten auch **Preisanstiege** im von Jahr zu Jahr wachsenden Segment des nicht von der Mietpreisbremse umfassten **Neubaus nach 2014**, die unter anderem auf seit Jahren steigende Baukosten zurückgehen. Entscheidender Faktor bleibt aber insgesamt der weiterhin hohe Nachfragedruck auf dem angespannten Wohnungsmarkt.

Dazu ist festzuhalten, dass genau diese Entwicklung absehbar war. Wer zehn Jahre lang weit über 70 Prozent teure freifinanzierte und Eigentumswohnungen baut, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Mieten unaufhörlich steigen. Schließlich war und ist doch klar, dass diese Art Neubauten über kurz oder lang massive Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt hat und zu Verschiebungen im Mietenspiegel führen muss. Von wegen Sickerereffekt, wonach mehr und neue teure Wohnungen Platz machen würden in günstigeren Wohnungen. Pustekuchen, die frei gewordenen Wohnungen steigen schnell im Preis an, eine Binsenweisheit, die jede:r von uns seit Jahrzehnten kennt: besser nicht umziehen, das hat auf jeden Fall eine höhere Miete in der neuen und erst recht in der alten

Wohnung zur Folge.

13,40 Euro je Quadratmeter bei einer Neuvertragsmiete, das ist der Durchschnittswert, den die Schüler:innen-Arbeitsgruppe des Gymnasiums Ohmoor für das Frühjahr 2021 auf der Basis von tausenden Wohnungsanzeigen berechnet hatte. So viel im Übrigen auch zur so genannten »Mietpreisbremse«, die eh kaum noch jemand im Mund führt, ohne schamesrot anzulaufen. Wer teuer bauen lässt und den Sozialwohnungsbau dramatisch vernachlässigt, wird teuer ernten und auf Dauer für noch mehr soziale Verwerfungen sorgen. Die Mieter:innen unserer Stadt, vor allem die mit geringerem Einkommen, müssen's ausbaden. Und ein Stück weit mehr werden in nächster Zukunft zudem die Steuerzahler:innen gerupft, denn sie bezah-



(Foto: M. Joho)

len den teuren, profitorientierten Wohnraum auch noch mit einer sicher deutlich ansteigenden Summe beim Wohngeld.

Auch die »erhöhte Modernisierungsaktivität« kommt keineswegs überraschend, hat der Bund – und die Länder haben's hingegenommen – doch viele Jahre lang den Wohnungseigentümer:innen einen Extra-Verdienst zugeschanzt, indem Modernisierungskosten zu 11 % auf neun Jahre umgelegt werden konnten – meistens ohne dass danach diese Mieterhöhung zurückgenommen wurde. Auch wenn diese Umlage seit Anfang 2019 eine Reduktion auf 8 % erfahren hat, macht dass bei erheblichen Umbauten oder energetischen Maßnahmen enorme Preissprünge aus. Modernisierungsmaßnahmen sind übrigens ein beliebtes »Spiel« gerade bei der SAGA, unmittelbar nach dem Auslaufen von Sozialbindungen ganze Bestände zu modernisieren und Mietpreiserhöhungen von teilweise deutlich mehr als 10 % im Folgejahr zu verlangen. Mensch möge sich nur einmal unsere wenn auch schon etwas zurück liegende

Anfrage von 2015 anschauen (Drs. 21/780 vom 14.7.2015).

Mit am absurdesten und damit für die Perspektive der Mieter:innen am bedrohlichsten ist diese Ankündigung der BSW in besagter Presseerklärung vom 13. Dezember: »Hamburg setzt Kurs des konsequenten Mieterschutzes fort«. Oh nein! Einmal mehr erweist sich leider, dass unter einem so geführten Senat die Wohnungsprobleme absehbar nicht weniger werden, ganz im Gegenteil. Nötig wäre jetzt – endlich – eine nachhaltige, soziale Kehrtwende, beispielsweise, dass die SAGA angesichts ihrer alljährlich 200 Millionen Überschuss auf Mieterhöhungen verzichtet und am besten die Mieten leicht senkt, damit sie sich dämpfend auf den nächsten Mietenspiegel auszuwirken. Worum es gehen muss, dass hat jüngst das Netzwerk Recht auf Stadt (RaS) auf den Punkt gebracht: »Dem gescheiterten Senats-Mantra »Bauen, Bauen, Bauen« setzen wir einen anderen Dreiklang entgegen: Sozial bauen, Mieten deckeln und Wohnungen vergesellschaften. Wir brauchen eine radikale Wende in der Wohnungs- und Mietpolitik in Hamburg und anderswo!« (Die vollständige RaS-Erklärung gibt es hier: <http://www.rechtaufstadt.net/>).

Schmankerl am Rande

Seit zehn Jahren wird der Mietenspiegel jeweils auf der Landespressekonferenz vorgestellt. Alle interessierten Medienvertreter:innen, Abgeordnete und auch die Mieter:innenvereine konnten teilnehmen. Seit der Pandemie werden die Landespressekonferenzen sogar im Livestream übertragen. Angesichts der schlechten Nachricht scheute die zuständige Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt diese Öffentlichkeit. Nur ein ausgewählter Kreis von Medien wurde zu einem Pressegespräch am späten Montagnachmittag eingeladen, in der Hoffnung, dass die Parteien und Interessenvertreter:innen möglichst nicht mehr vor Redaktionsschluss reagieren können. Das ist erbärmlich. Geholfen hat es allerdings nicht, die Kritik am Senat ist riesengroß.

Zum Regierungsprogramm der Ampelkoalition

178 Seiten umfasst der Koalitionsvertrag der Ampel aus SPD, GRÜNEN und FDP, und es trägt den vielversprechenden Titel »Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit« (www.wiwo.de/downloads/27830022/8/koalitionsvertrag-2021-2025.pdf). Doch alleine der Umfang eines solchen Papiers macht noch keinen Sommer und täuscht bisweilen darüber hinweg, welche zentralen Fragen eigentlich (auch) auf der Agenda stehen, aber schon am Startplatz außen vor bleiben. Wir nehmen hier zunächst eine erste allgemeine Einschätzung der Bundespartei DIE LINKE auf (<https://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/gerechtigkeit-jetzt/>). Gleich danach folgt eine Bewertung der zu erwartenden Schulpolitik aus unserer hamburgischen Perspektive. Im nächsten »Bürger:innenbrief« ergänzen wir das Bild noch durch eine kritische Betrachtung der Wohnungs- und Verkehrspolitik. Beginnen wir also mit den allgemeinen Thesen, in denen die



(Foto: DIE LINKE)

Hauptkritik an der Ampel und die Forderungen der LINKEN zusammenfließen.

Gerechtigkeit geht anders!

Die Ampel von SPD, Grünen und FDP hat ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Fortschritt gibt es vor allem, solange er wenig kostet – und Konzernen und Reichen nicht wehtut. Keine Bürgerversicherung, keine Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen (aber für Unternehmen), keine Erhöhung von Hartz IV, keine Mietpreisbremse, die ihren Namen verdient.

DIE LINKE macht Druck für soziale Gerechtigkeit, für Klimaschutz und eine echte Verkehrswende.

Steuergerechtigkeit!

Anders als vor der Wahl versprochen gibt es keine Entlastung für Gering- und Normalverdiener. Die Privilegien der Reichsten werden von den Ampel-Parteien geschützt. Wir meinen: Zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen sollen die am meisten beitragen, die mit Corona Krise und Umweltverschmutzung den größten Nutzen ziehen. Das sind große Konzerne und Superreiche. Hohe Vermögen und Einkommen müssen stärker besteuert werden – weniger Steuern für kleine und mittlere Einkommen.

Gute Arbeit

Olaf Scholz verspricht 12 Euro Mindestlohn. Ein Schritt in die richtige Richtung. Doch das allein wird den Niedriglohnsektor nicht abschaffen und Altersarmut nicht verhindern. Damit die Löhne insgesamt steigen, müssen wieder alle unter Tarifverträge fallen – dazu bietet der Koalitionsvertrag nichts.

... und die Renten hoch!

Die Renten steigen nicht, es gibt keine armutsfeste Mindestrente. Die Renten werden auf den Aktienmarkt geworfen. Weltfinanzkrise von vor 15 Jahren – schon vergessen? In die gesetzliche Rente müssen alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete – dann hat sie wieder eine Zukunft. Das Rentenniveau muss auf 53 Prozent hoch. Keine Rente unter der Armutsschwelle von 1.200 Euro!

Gute Gesundheit & Pflege für alle!

Mit der Ampel bleibt es bei der 2-Klassen-Medizin. Die Bürgerversicherung kommt nicht. Die Fallpauschalen bleiben weitgehend bestehen, die Finanzierung der Krankenhäuser wird nicht nach Bedarf organisiert. Für Verbesserungen in der (Alten-)Pflege sollen die Beiträge der Pflegeversicherung steigen. Stattdessen brauchen wir ein krisenfestes Gesundheitssystem, das alle gleich gut versorgt. Wir brauchen eine Gesundheits- und Pflegevollversicherung, in die alle Beiträge auf alle Einkommen zahlen.

Ampel-Check	
Koalitionsvertrag von SPD, Grüne und FDP	
Rente erhöhen, Eintrittsalter senken	X
Bürger*innenversicherung einführen	X
Mietenexplosion stoppen	X
Vermögenssteuer einführen	X
Mindestsicherung erhöhen	X
Sanktionen abschaffen	X
Waffenexporte stoppen	X
Zwangsräumungen abschaffen	X
Kleine und mittlere Einkommen entlasten	X
Tempolimit einführen	X
Cannabis legalisieren	✓
Ergebnis	

www.die-linke.de

Mieten deckeln!

Die Ampel-Parteien kuschen vor der Immobilien-Lobby. Im Wahlkampf haben SPD und Grüne noch einen Mietstopp gefordert. Jetzt machen sie weiter mit der »Mietpreisbremse«, von der schon erwiesen ist, dass sie nicht wirkt. Wir wollen, dass zu hohe Mieten abgesenkt werden. Das geht nur mit einem bundesweiten Mietendeckel. Jedes Jahr müssen 250.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Notwendige energetische Sanierungen dürfen nicht auf Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden.

Klimagerechtigkeit!

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, müssen bis 2035 fossile Energien vollständig durch erneuerbare Energien ersetzt sein. Doch der Koalitionsvertrag bleibt vage und die Einnahmen aus dem CO2-Preis werden nicht wie versprochen umverteilt. Energie und gesunde Ernährung ist ein Grundrecht und muss auch für Menschen mit wenig Geld bezahlbar sein. Mit der Ampel-Koalition wird es kalt in Deutschland. Heizen darf kein Luxus sein.

Verkehrswende!

Die FDP an der Spitze des Verkehrsministeriums? Das bedeutet für die Verkehrswende vier Jahre Stau statt Bus- und Bahn-Ausbau. Wir fordern mehr Bus und Bahn (auch auf dem Land) – kostenfrei, damit sich der Umstieg vom Auto lohnt!

Bildungspolitik in der neuen rot-grün-gelben Regierungskoalition

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition steht und die FDP-Politikerin Bettina Stark-Watzinger soll das Bildungsministerium übernehmen. Aber was steht in den Vereinbarungen der neuen Koalition und wie sind die Aussagen zu bewerten?

Die Genossin Nicole Gohlke, die in unserer verkleinerten Bundestagsfraktion das Ressort Bildung übernommen hat, verteilte bei Facebook erste Noten.



Nicole Gohlke (Foto: DIE LINKE)

Ihre Bilanz fällt gemischt aus: Das Programm »Startchancen« sei ein gutes Vorhaben, weil dort 4.000 allgemeinbildende und berufsbildende Schulen zusätzliche Förderung erhielten, nur sei noch unklar, was diese Förderung konkret bedeute. Gohlke bemängelt, dass keine strukturellen oder systemischen Veränderungen im Schulsystem vorgenommen würden und dieses daher ziellos bleibe. Denn ohne grund-

legende Veränderung im Schulsystem wird sich das Postulat der baldigen Bildungsministerin, eine »weltbeste Bildung« schaffen zu wollen, in der die individuelle Leistung respektiert würde, »unabhängig von Herkunft und Schulabschluss«, nicht verwirklichen lassen. Sofern mensch ein Bildungsideal, das auf Leistung basiert und an dem die FDP mitgewirkt hat, überhaupt als erstrebenswertes Ziel erachtet!

Der Koalitionsvertrag hält einige wohlklingende Absichten bereit: Die Ampel will »allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen bieten, Teilhabe ermöglichen und durch inklusive Bildung sichern.«¹ Drei Kernelemente gibt es: die Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben für öko-

¹ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

nomisch benachteiligte Kinder, einen Digitalpakt 2.0 und den Ausbau der Ganztagsangebote. Zur Milderung der Ungleichheit soll ein Programm namens »Startchancen« ins Leben gerufen werden. Hamburger:innen werden sich an das Programm »D23+ Starke Schulen« erinnert fühlen, nun aber kommt es als bundesweites Projekt daher.² Der Hauptkritikpunkt an D23+, mittlerweile ja auf über 33 Schulen erweitert, lautet, dass dies ein additives Programm ist, das Mittel zwar regelmäßig aber nicht regelhaft bereitstellt. Und statt ein wirklich inklusives Schulsystem aufzubauen, werden Inklusion und Förderung nur mehr dem Alltagsbetrieb aufgesetzt.

Der Ausbau des Ganztages soll mit Einbezug der Länder unter einem »gemeinsamen Qualitätsrahmen« vonstatten gehen und der »sinnvolle gemeinsame Einsatz von Fachkräften« einen bunten Strauß an zusätzlichen Förderangeboten umsetzen. Dass schulische Bildung im Ganztage auch rhythmisiert werden sollte, ist bei den Berliner Koalitionär:innen noch nicht angekommen, Gremien und Institutionen außerhalb der etablierten Politik bleiben in deren Planungen außen vor.

Zu schlechter Letzt scheint sich die Erfahrung mit den Bundeszuschüssen mit dem nur zögerlich angenommenen Digitalpakt aus dem Jahr 2019 niedergeschlagen zu haben.³ Die Mittel aus den Sonderzuschüssen während der Pandemie (zur Ausstattung der Schüler:innen mit leihweisen Endgeräten sowie für temporär begrenzte IT-Stellen und Lehrer:innen-Leihgeräte) wurden weit mehr abgerufen – was wohl auch an der vereinfachten Bürokratie lag. Die Art und Weise des Mittelabrufs soll beim Ampel-Digitalpakt beschleunigt und entbü-

² Unsere Anfragen zu D23+: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/54608/stand_des_projektes_d23_schulen.pdf; https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/64528/projekt_d23_starke_schulen.pdf

³ Hier ist der Unterschied zwischen den Abrufzahlen von 2019 und zum Zeitpunkt der vereinfachten Beantragung unter der Coronapandemie in Hamburg zu sehen: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70556/ein_verwirrender_digitalpakt.pdf

#Faktencheck 1/3

Bessere Bildung
gibt es
nicht zum Nulltarif:

Keine zuverlässige Finanzierung bei den Plänen für die Bildung: Wie dann...

- Schulen besser ausstatten? 🚫
- Kita-Ausbau fördern? 🚫
- Hochschulen digitalisieren? 🚫
- Mehr Jobperspektiven in der Wissenschaft schaffen? 🚫
- BARIG grundlegend reformieren? 🚫

<https://www.linksfraktion.de>

#Faktencheck 2/3

Ein **Bildungsaufbruch**
gelingt nur
mit voller Kraft:

Hier greifen die Ampel-Bildungsziele zu kurz:

- Ausbildungsgarantie 🚫
- BAföG voll rückzahlungsfrei 🚫
- Grundständige Finanzierung der Hochschulen 🚫
- Abschaffung des Kooperationsverbots 🚫

<https://www.linksfraktion.de>

#Faktencheck 3/3

Zu diesen Problemen
schweigt die Ampel:

Das fehlt im neuen Koalitionsvertrag bei der Bildung:

- Lehrkräftemangel anpacken 🚫
- Marode Schulen & Hochschulen sanieren 🚫
- Ausbildungsplatzumlage einführen 🚫
- Durchlässigkeit im Bildungssystem stärken 🚫

<https://www.linksfraktion.de>

rokratisiert werden. Es ist auch bitter nötig, da Deutschland trotz anderer Möglichkeiten ein Digitalisierungsschlusslicht bildet. Aber offen ist, wie mit den infrastrukturellen Bedingungen außerhalb der Schulen umgegangen wird. Es reicht nicht, im Unterricht zuhauf nagelneue Endgeräte liegen zu haben, wenn kein Glasfaserkabel in der Straße liegt. Zudem: schlechter, exklusiver, langweiliger Unterricht wird nicht besser, wenn er mit einem Computer gemacht wird. Die Maßnahmen zur Digitalisierung können außerdem nur die pädagogischen Kompetenzen der Lehrkräfte und die Lernwege der Schüler:innen unterstützen, wie das Beispiel der Alemannenschule in Wutöschingen zeigt (die Schule gewann 2019 den Deutschen Schulpreis).⁴

Ungenannt bleibt im Koalitionsvertrag der bundesweite Lehrkräftemangel⁵ und der Sanierungsstau an den Schulen im Land. Diese grundlegenden Probleme werden wohl bleiben. Doch damit steht und fällt schulische Bildung!

Zwar will die Ampel-Regierung einen »Bildungsgipfel« einberufen, aber so sinnvoll ein Arbeitskreis ist, er hilft nur bedingt, wenn die Richtung der Diskussion nicht stimmt – die Bildungsziele als Noten im PISA-Test erscheinen und nicht als das Wesentliche: die individuellen Lernzuwächse der Kinder und Jugendlichen im Rahmen ihrer Schulbildung. Auch die Andeutung, Gespräche über eine Grundgesetzänderung wo nötig

anzubieten, sind wenig konkret. Betrifft dies ein – von LINKEN-Bildungspolitiker:innen gefordert⁶ – Bundesbildungsrahmengesetz oder gar (auch von der LINKEN gefordert) eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern?

Alles in allem bleibt der Eindruck: same same but less different. Neu ist an den Verständigungen wenig, gemessen an der Latte der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention ist es weniger als wenig. Denn selbst die Kinderrechte, die ins Grundgesetz kommen sollen, müssen sich an den Grundsätzen der Kinderrechtskonvention orientieren. Der Entwurf eines inklusiven Hamburger Schulgesetzes ist da deutlich weiter. Doch eine:r mag sagen: Besser als nichts! Vieles ist jedoch besser als nichts: dem Obdachlosen eine Decke zu reichen beispielsweise, doch Armut und Obdachlosigkeit abzuschaffen ist etwas ganz Anderes. »Gleiche Chancen unabhängig der Herkunft« als Ziel anzugeben und keine Schritte für ein dementsprechendes Bildungssystem – eine Schule für alle – zu wagen, zeigt wie gering die bildungspolitischen Hoffnungen sind, die in den Koalitionsvertrag gesteckt werden können.

Immerhin, SPD, GRÜNE und FDP verkünden, »gleichwertige Lebensverhältnisse« schaffen zu wollen. Wie das ohne die Einsicht in den und Einführung des Sozialismus geschehen soll, bleibt das Geheimnis der Ampel.

⁴ <https://www.deutscher-schulpreis.de/preistraeger/alemannenschule-wutoeschingen>; https://www.youtube.com/watch?v=gU_EbnKESVo

⁵ Vielleicht soll die im Koalitionsvertrag genannte Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen Abhilfe schaffen?

⁶ https://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschl%C3%B4sse/bag_bildungspolitik/flyer/2020-06-16_Big_Five.pdf

Die Handelsschule Schlankreye in Eimsbüttel

Eine Empfehlung von Hanno Plass

Im »Bürger:innenbrief« im September 2021 illustrierte das Bild einer Schule einen Artikel zum Polizeiübergriff in der Schlankreye. Das hier aufgenommene Bild zeigt die Handelsgewerbeschule Schlankreye, die 1927 bis 1930 als streng kubisch gestalteter Eisenskelettbau mit Klinkerverkleidung errichtet wurde. Architekt war Walter Hinsch. Der Bau verkörpert die berufsschulpolitischen und architektonischen Reformbemühungen in der Zeit der Weimarer Republik. Zu diesem Urteil kommt immerhin das Heft Nummer 35 der Reihe »Hamburger Bauhefte« im Schaff-Verlag. Dort kann – neben einer Vielzahl anderer Hefte über Hamburger Bauten – die Dokumentation über die Handelsschule Schlankreye für 9 Euro (plus Porto und Verpackung) von denen erstanden werden, die mehr über das Gebäude und seine Geschichte wissen wollen. Mehr dazu hier: <https://schaff-verlag.de/produkt/hamburger-bauheft-35-handelsschule-schlankreye-architekt-walther-hinsch/>.



Dreimal zum Holstenareal in Altona

Die (ausstehende) Bebauung des Holstenquartiers in Altona wird zunehmend zu einem handfesten politischen Skandal wenn nicht längst auch schon das Niveau eines Wirtschaftskrimis erreicht ist: ein höchst anschauliches Lehrbeispiel für die völlig unzureichende Boden- und Grundstücks politik des Hamburger Senats und insbesondere natürlich auch das Agieren der so genannten »Investoren«, was auch in diesem Fall euphemistisch nichts anderes umschreibt als die unbegrenzte Gier nach immer höherer Rendite.

Der exemplarischen Bedeutung des Themas gemäß, nehmen wir in diesem »Bürger:innenbrief« mal gleich drei Texte auf: zwei Dokumente der Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten!«, die sie anlässlich ihrer Pressekonferenz am 6. Dezember herausgegeben hat (www.knallt-am-dollsten.de/), sowie die Presseerklärung der Linksfraktion vom selben Tage. Wir danken Theo Bruns und der Initiative für die Möglichkeit der Aufnahme ihrer Texte in diesem BB.

Ein Trauerspiel in mehreren Akten

Von Theo Bruns

Ich möchte zu Beginn kurz die verschiedenen Kapitel dieses Wirtschaftskrimis Revue passieren lassen, die zugleich eine Geschichte des Versagens auf politischer Ebene sind.

Gerüchte über den Verkauf des Holstenareals gab es bereits seit 2014, als Carlsberg verkündete, den Standort der Holsten-Brauerei verlagern zu wollen. Entgegen zahlreichen Warnungen und Anträgen u.a. seitens der GRÜNEN verzichtete die Stadt Hamburg unter Führung von Olaf Scholz im Letter of Intent vom Mai 2016 mit Carlsberg auf die »Ausübung des ihr eventuell zustehenden Vorkaufsrechts«. Die Eintragung des Vorkaufsrechts erfolgte dann nachträglich erst im September 2019. Zusätzlich verzichtete die Stadt darauf, das Instrument einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach § 165 Baugesetzbuch einzusetzen, das ihr wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten gegeben hätte. Sie hat darüber hinaus zugelassen, dass das Gelände der alten Holstenbrauerei im Höchstbietverfahren verkauft wurde. Traditionsgenossenchaften waren damit aus dem Spiel und rein renditegetriebene Investoren hatten freie Bahn.



Auf der Pressekonferenz der Holstenareal-Initiative am 6.12.2021 mit dem Stadtplaner Dr. Andreas Pfadt und den Ini-Aktiven Theo Bruns, Aurica Jajo und Beate Kirst (Foto: M. Joho)

Vier Mal verkauft und den Preis hochgetrieben

Eine Spirale kreditfinanzierter Wertsteigerung des Holstenareals ohne reale Bautätigkeit war in Gang gesetzt. Mitt-

lerweile ist das Gelände vier Mal verkauft worden. Ständig wechselten Akteure und Profiteure. Im Juni 2016 wurde das Grundstück für 153 Mio. an die erst ein Jahr zuvor gegründete Gerchgroup verkauft. Damals war noch von einem Erstbezug im zukünftigen Holsten-Quartier im Jahr 2021 die Rede. Im Frühjahr 2017 übernahm die Schweizer SSN Group die Gerchgroup. Bereits im November 2018 folgte der nächste Share Deal, und die Consus Real Estate übernahm gegen eine Barzahlung von 225 Mio. zu 93,4 Prozent die SSN. Zu Consus gehörte damals bereits die CG Gruppe, womit der auch in Hamburg berüchtigte Unternehmer Christoph Gröner im Spiel war. Und die Spirale drehte sich weiter: Im Jahr 2020 fusionierten im Rahmen einer komplexen Operation die Aktiengesellschaften ADO, Adler Real Estate und Consus zur Adler Group. Diese wurde damit auch Eigentümerin des Holstenareals, dessen Buchwert im Zuge dessen auf 320 Mio. Euro aufgebläht worden sein soll.

Betrugsvorwürfe werden laut

Am 6. Oktober platzte dann mit dem Bericht des Shortsellers Fraser Perring eine veritable mediale Bombe. Der britische Aktienhändler, der bereits den Wirecard-Skandal mit aufgedeckt hatte, veröffentlichte bei Viceroy Research ein 61-seitiges Dossier, in dem er Adler Betrug und ein Geschäftsgebaren am Rande der Kriminalität vorwarf. Seine Vorwürfe lauten u.a. auf Bilanzbetrug, Manipulation und Täuschung der Geldgeber:

- Die Adler Group sei hoffnungslos überschuldet, die tatsächliche Beleihungsquote übersteige die angegebenen Werte bei weitem.
- Sowohl der Immobilienbestand als auch das Entwicklungsportfolio der Bauprojekte seien künstlich überbewertet.
- Komplexe, intransparente und hochspekulative Transaktionen sowie Scheinverkäufe, bei denen kein reales Geld geflossen sei, fänden auf Kosten der Aktionäre und Anleihegläubiger statt und dienten der systematischen Täuschung.
- Die Unternehmen würden zum Zwecke der privaten Bereicherung ausgeplündert.

- Im Zentrum der Operationen stehe der österreichische Unternehmer Cevdet Caner und ein Kreis von Vertrauten, die von den manipulativen Geschäften profitieren würden.

Nicht erst seit dem Bericht von Fraser Perring befinden sich die Aktien von Consus und Adler im Sinkflug. Der Konzern konnte sich nur durch die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von 300 Mio. Euro und den massiven Verkauf von Immobilien an die LEG kurzfristig stabilisieren. Presseberichten zufolge könnte eine Übernahme durch den Immobilienkonzern Vonovia und damit der nächste Share Deal für das Holstenareal bevorstehen.

Dass die Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind, belegen Berichte aus mehreren Städten der Republik. Demnach ist Consus/Adler oft weder in der Lage noch willens, die Rechnungen von Handwerkern und Bauunternehmen zu bezahlen. Außerdem herrscht auf Grundstücken und Baustellen, die im Besitz von Consus/Adler sind, zum Teil seit Jahren Stillstand. Prominente Beispiele sind z.B. die Brachfläche Grand Central am Düsseldorfer Hauptbahnhof und das Hochhaus Steglitzer Kreisel in Berlin.

Ausbleibende Bautätigkeit, Spekulation und die Insel Guernsey

Auch ein Blick auf die Hamburger Verhältnisse zeigt: Bei KEINEM der fünf Hamburger Consus-Projekte wurde bislang gebaut. Dies sind neben dem Holstenareal:

- das Neue Korallusviertel in Wilhelmsburg, dessen Gelände wie das Holstenareal ursprünglich von der Gerchgroup erworben und 2018 an Consus weiterveräußert wurde,
 - das Neuländer Quarrée und die ehemalige New York Hamburger Gummiwaren-Fabrik in Harburg,
 - ein Gelände am Billwerder Neuen Deich in Rothenburgsort.
- Die drei letztgenannten Grundstücke wurden im letzten Jahr an eine dubiose Firma namens Partners Immobilien mit Sitz auf der Kanalinsel Guernsey verkauft. Auch hier gibt es Zweifel, ob tatsächlich Geld geflossen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich um Scheinverkäufe handelt.

Bei unseren Nachfragen bei den verschiedenen mit den Hamburger Consus-Projekten befassten Behörden ist uns aufgefallen, dass es so gut wie keinen Informationsaustausch zwischen den Bezirken zu geben scheint. Und die Antwort des Senats auf eine aktuelle Kleine Anfrage von Heike Sudmann von der Partei Die Linke¹ hat ergeben, dass die Stadt Hamburg nicht einmal Rücksprache mit der BaFin genommen hat und auch keinen Kenntnisstand über die aktuellen Besitzer der drei genannten Grundstücke hat. So ist sie dem Investor hoffnungslos unterlegen. Äußerungen von Parteienvertreter*innen von SPD und GRÜNEN spiegeln eine erschreckende Hilf- und Ahnungslosigkeit gegenüber dem Investor und markieren eine Form der Selbstentmächtigung der politischen Entscheider.

¹ Die betreffende, elfseitige Drs. 22/6540 vom 3.12.2021 mit dem Betreff »Holstenareal: Will die Stadt einen städtebaulichen Vertrag mit einem anscheinend unzuverlässigen und in einer wirtschaftlichen Krise befindlichen Immobilienunternehmen abschließen?« findet sich hier: https://www.buerger-schaft-hh.de/parldok/dokument/78043/holstenareal_will_die_stadt_einen_staedtebaulichen_vertrag_mit_einem_anscheinend_unzuverlaessigen_und_in_einer_wirtschaftlichen_krise_befindlichen_imm.pdf.



»Knallt am dollsten« bei einer gemeinsamen Kundgebung verschiedener Initiativen vor dem »Paulihaus« an der Budapester Straße (Foto: H. Sudmann)

Mit diesem Investor keinen städtebaulichen Vertrag abschließen!

Angesichts der vorliegenden und offenbaren Fakten sagen wir als Initiative: In dieser Situation mit diesem Investor einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen wäre verantwortungslos und würde jeder Vernunft Hohn sprechen. Deshalb sagen wir STOPP: Ein Neustart und eine bessere Lösung für das Holstenareal müssen her.

Wir fordern:

- Keine Unterschrift unter den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor, keine Verabschiedung des Bebauungsplans, keine Erteilung des Baurechts. Ein ganzer Stadtteil darf nicht dubiosen Geschäftspraktiken und purer Renditemaximierung geopfert werden. Wir brauchen in Altona nicht noch mehr Wohnungen mit Mieten ab 20 Euro/qm aufwärts.
- Kommunalisierung des Geländes und Übergabe an ein Konsortium aus Genossenschaften, kommunalen Wohnungsbauunternehmen und selbstverwalteten Projekten im Sinne einer neuen Wohngemeinnützigkeit.
- Limitierung des Ankaufpreises auf einen sozialverträglichen Verkehrswert und eine neue Bodenpolitik, Verbot der Share Deals in der geltenden Form, Stärkung des städtischen Vorkaufsrechts und ein Gesetz, das für Transparenz und Offenlegung von Finanztransaktionen und Besitzverhältnissen sorgt, um die Ohnmacht der Behörden zu beenden.

Investoren-Monopoly um das Holstenareal:

Kein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor Consus/Adler Group

Aus der Pressemitteilung der Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten« vom 6. Dezember 2021

Anlässlich der öffentlichen Auslegung von Bebauungsplan und städtebaulichem Vertrag fordern wir als Initiative »knallt am dollsten« einen Neustart und eine bessere Lösung für das Holstenareal. Eine Unterschrift unter den Vertrag wäre angesichts der aktuellen Betrugsvorwürfe gegen den Investor völlig verantwortungslos.

Bilanzbetrug, Scheinverkäufe, mögliche Zahlungsunfähigkeit: (...) Ausgerechnet in dieser Situation planen die Stadt

Unabhängig vom Investor lauten unsere Kritikpunkte am städtebaulichen Vertrag:

- Der in Hamburg übliche Drittmix geht an den realen Bedarfen vorbei, da die Hälfte der Hamburger*innen Anspruch auf eine geförderte Wohnung hat.
- Hinzu kommt, dass auf dem Holstenareal bis zu 50 Prozent der geförderten Wohnungen über den 2. Förderweg vergeben werden können. Für die »rechten« Sozialwohnungen im 1. Förderweg bleibt nur ein Sechstel.
- Der Bezirk verkauft es als Erfolg, dem Investor ein sog. preisgedämpftes Segment abgerungen zu haben. Bei den frei vermieteten Wohnungen sollen demnach jeweils 50 für 12,90 Euro bzw. 14,90 Euro netto kalt/qm vergeben werden. Abgesehen davon, ob 13 bzw. 15 Euro netto-kalt als »preisgedämpft« bezeichnet werden können, gilt dies nur bei Erstvermietung und erweist sich so als schöner Schein.
- 20 Prozent der Fläche waren ursprünglich für Baugemeinschaften für Wohnen vorgesehen, wegen des Wegfalls eines Gebäuderiegels an den Bahngleisen aufgrund eines Elektro-Smog-Gutachtens sind es nun nur noch 13,5 Prozent, der Rest ist für Gewerbe zu noch unklaren Bedingungen vorgesehen. Noch dazu werden den geförderten Baugemeinschaften regelmäßig die schlechtesten Grundstücke zugewiesen.
- Die zu erwartenden hohen Gewerbemieten schränken die Möglichkeiten für ein kleinteiliges, an den Bedürfnissen des Stadtteils orientiertes Gewerbe gravierend ein. Die für den Handwerkerhof als Ausnahme vorgesehenen 10 Euro/qm netto-kalt gelten nur für die ersten zehn Jahre. Dies erlaubt keine Planungssicherheit.
- Die hohe Bebauungsdichte verstößt gegen das Gebot der Herstellung gesunder Wohnverhältnisse.
- Die öffentliche Parkanlage ist – gemessen an den Anforderungen des Landschaftsprogramms Hamburg – um mindestens ein Drittel zu klein. Das entspricht weder den Herausforderungen des Klimawandels – Stichwort »Schwammcity« – noch der Rede von einem Grünzug von der Stresemannstraße bis zur Elbe.
- Eine wirkliche Beteiligung der Bürger*innen an der Pla-

nung hat nicht stattgefunden. Der Vertrag wird dem im Baugesetzbuch festgelegten Abwägungsgebot zwischen privaten und öffentlichen Belangen nicht gerecht. In der Summe stehen einem Drittel geförderter eine Mehrzahl sündhaft teurer Wohnungen mit Anfangsmieten von 20 Euro netto-kalt und mehr gegenüber, weil der maßlose Renditeanspruch des Investors nicht in Frage gestellt wurde. Die teuren Wohnungen und Gewerbemieten werden zu weiterer Gentrifizierung in den umgebenden Stadtteilen und dort ebenfalls zu höheren Preisen führen. Damit wird die für Altona-Nord geltende soziale Erhaltungsverordnung unterlaufen.

Der Vertrag wird dem im Baugesetzbuch festgelegten Abwägungsgebot zwischen privaten und öffentlichen Belangen nicht gerecht.

In der Summe stehen einem Drittel geförderter eine Mehrzahl sündhaft teurer Wohnungen mit Anfangsmieten von 20 Euro netto-kalt und mehr gegenüber, weil der maßlose Renditeanspruch des Investors nicht in Frage gestellt wurde. Die teuren Wohnungen und Gewerbemieten werden zu weiterer Gentrifizierung in den umgebenden Stadtteilen und dort ebenfalls zu höheren Preisen führen. Damit wird die für Altona-Nord geltende soziale Erhaltungsverordnung unterlaufen.

Wir sagen »Stopp« und fordern:

- Keine Unterschrift unter den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor, keine Verabschiedung des Bebauungsplans, keine Erteilung des Baurechts. Ein ganzer Stadtteil darf nicht dubiosen Geschäftspraktiken und purer Renditemaximierung geopfert werden.
- Kommunalisierung des Geländes und Übergabe an ein Konsortium aus Genossenschaften, kommunalen Wohnungsbauunternehmen und selbstverwalteten Projekten im Sinne einer neuen Wohngemeinnützigkeit.
- Limitierung des Ankaufpreises auf einen sozialverträglichen Verkehrswert, Verbot der Share Deals in der geltenden Form, Stärkung des städtischen Vorkaufsrechts und eine gesetzliche Regelung zur Offenlegung von Finanztransaktionen im Sinne der Schaffung von Transparenz.

Für eine soziale und solidarische Stadt für alle!



Gemeinsam sind wir stark (Foto: Sammlung M. Hosemann)

Notbremse ziehen – Spekulation mit dem Grundstück endlich stoppen!

Pressemitteilung der Linksfraktion vom 6. Dezember

Noch bis zum 23. Dezember liegen der Bebauungsplanentwurf und der städtebauliche Vertrag zum Holstenareal öffentlich aus. In einer aktuellen Schriftlichen Kleinen Anfrage beschäftigt sich die Linksfraktion mit den Anschuldigungen und Vorwürfen gegen die Adler Group, zu der das Unternehmen Consus Real Estate gehört, das als Investor und Bauherr im Holstenareal auftritt. Laut Bericht von ZEIT online vom 2.12.21 hat die Ratingagentur Standard and Poor's die Immobilien der Adler Group als hochspekulative Anlage eingestuft (B+/watch negative).

»Was muss noch passieren, damit der Senat dieser Spekulation rund um das Holstenareal endlich den Riegel vorschiebt?« fragt Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin

der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Beim Senat müssten die Alarmglocken schrillen, wenn die Adler Group das Holstengrundstück im aktuellen Quartalsbericht mal eben um 40 Millionen Euro höher auf nunmehr 364 Millionen bewerte. Im Jahr 2016 habe die Carlsberg Brauerei das Grundstück für weniger als die Hälfte, nämlich für 150 Mio. Euro, verkauft. Heike Sudmann: »Schon allein die Aussicht auf einen rechtskräftigen Bebauungsplan steigert den Grundstückswert. Doch es gilt: Je teurer das Grundstück, desto höher die Mieten. Mit der Verabschiedung des Bebauungsplans und der Unterschrift unter dem städtebaulichen Vertrag befördert der Senat also die weitere Spekulation. Das darf nicht passieren. Er muss jetzt die Notbremse ziehen und aussteigen!«

Tipps und Termine

Gerade weil es so schwer fällt in dieser Zeit, sei hier doch einmal darauf hingewiesen, dass im kommenden Jahr wieder schöne Veranstaltungen in nah und fern locken. Nehmen wir die aufschluss- wie abwechslungsreichen **Bildungs(urlaubs)reisen der Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) Hamburg. Viermal geht es ins Ausland, vom 2. bis 6. Mai 2022 beispielsweise nach Rom zum Thema »Mafia und Antimafia – jenseits des Mythos«. Eine Fahrradtour unter dem Titel »Mobil und gerecht im Alltag!?« führt vom 16. bis 20. Mai in und um Amsterdam. Im Oktober stehen zum einen Israel und das Westjordanland und Portugal als europäisches Musterlände versus Armenien auf dem Programm. Mehr dazu hier: <https://hamburg.rosalux.de/news/id/45415/bildungsreisen-bildungsurlaub-2022>.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung – in diesem Falle die Berliner Zentrale – ist es auch, die eine **neue Broschüre zur Wohnungspolitik** veröffentlicht hat. Michael Brie setzt sich auf 84 Seiten mit dem Werk **»Die Wohnungsfrage« (1872) von Friedrich Engels** auseinander und stellt die strategischen Absichten von damals mit den Entwicklungen von heute in Zu-

sammenhang. Die Festschrift zum 150. Jahrestag der Engelsschen Schrift gibt es zum Downloaden: www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Wohnen/Broschur_Engels_und_die_Wohnungsfrage_Web.pdf.



Und noch etwas Neues sei hier von der RLS angeführt. Das einige Jahre als schickes Print-Produkt **Magazin »LuXemburg«** hat nun **ins Online-Genre gewechselt** und ihm digital einen nagelneuen Look verpasst. Seit dem 16. Dezember ist die frisch gestaltete Website nun im Netz und für alle Interessierten zugänglich. Und was lesen wir da: »Die Seite ist nicht nur stylisch, sondern vor allem praktisch: Viel mehr aktuelle Texte sind auf Anhieb zu sehen, die thematischen Schwerpunkte und strategischen Linien sind klarer erkennbar und durch das überarbeitete Schlagwortsystem lässt sich der Schatz an linkem Wissen in unserem Archiv noch besser nutzen – und nun auch auf mobilen Geräten komfortabel lesen.« Der Schwerpunkt der Ausgabe dreht sich um die Frage »Was nun, LINKE?« und um Aspekte der Erneuerung in den Bereichen Klima, Verkehr und Feminismus. Spannend ist sicher auch der Beitrag, wie es in Bremen unter einer linken Gesundheitssenatorin zu den besten Impfergebnissen in der ganzen Republik gekommen ist. Guckst du hier: <https://zeitschrift-luxemburg.de/>.



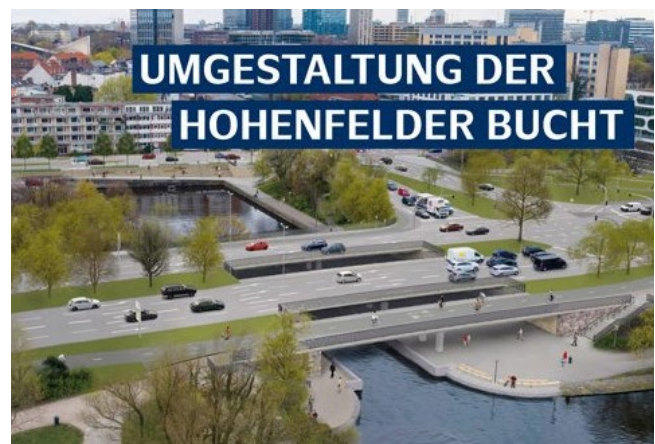
Der vor einiger Zeit stattgefundenene **23. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)** ist zwar längst gelaufen, aber die Veranstalterinnen – die Vereine UMKEHR e.V. und FUSS e.V. – sorgen jetzt für einen **Nachklapp**. Auf einem vierseitigen Flyer sind die wichtigsten Ergebnisse der Tagung zusammengefasst. Es geht dabei um »Platz da« für schnellere Planung, den Öffentlichen Nahverkehr, für Gehende und Radfahrende und – für Menschen. Die anschaulichen Thesen, überhaupt weitere Materialien vom Kongress sind jetzt im Netz unter <https://www.buvko.de/>.

»Warum hört der Fahrradweg einfach hier auf?« Haben Sie sich diese Frage auch schon mal gestellt? Oder darüber geärgert, dass ein Radweg plötzlich endet, gegen ein Verkehrsschild läuft oder im Unter-

grund verebbt? **Jan Böhmermann** gibt in einem knapp vierminütigen Video (aus dem ZDF-Magazin »Royale«) eine hinreißende Antwort auf dieses Ärgernis: <https://www.youtube.com/watch?v=nqF9chK05YM>.

Das Lied ist doch ein schöner Beitrag zum Jubiläum: **Wir gratulieren auch von dieser Stelle aus dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) Hamburg zu seinem 40jährigen Bestehen.** »Was im November 1981 mit einer Handvoll fahrradbegeisterter Menschen begann, wuchs in wenigen Jahren zu einer starken Interessenvertretung aller Radfahrer*innen in Hamburg heran, der inzwischen knapp 9.000 Mitglieder umfasst«, so der Verein in seiner Pressemitteilung bereits vom 25. Oktober. Ein paar interessante Stationen aus der ADFC-Geschichte: <https://hamburg.adfc.de/artikel/40-jahre-jubilaeum-tag-1>.

Zurzeit gibt es ja an vielen Orten Baustellen, um die so genannte Mobilitätswende (Velorouten usw.) voranzubringen oder auch ins Alter gekommene Brücken zu sanieren oder gar auszutauschen. Ein solcher Fall ist die über mehrere Jahre angelegte **Umgestaltung der Hohenfelder Bucht**, die quasi alle Hamburger Autofahrer:innen, aber auch Menschen zu Fuß und auf Rädern betrifft, weil es sich an der Ecke Sechslingspforte/An der Alster um eine der frequentiertesten Kreuzungen der Stadt handelt. Wer Näheres erfahren möchte, guckt sich das am besten mal auf der **Homepage des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG)** an: <https://lsbg.hamburg.de/hohenfelder-bucht/>. Von dieser Website aus lassen sich überhaupt interessante Wege durch den aktuellen Verkehrsdschungel schlagen!



(Foto: LSBG)

Jüngst erschienen und bereits in hoher Auflage in Hamburg verteilt ist die neue Ausgabe des **Halbjahresmagazins der Linksfraktion** in der Bürgerschaft, genannt »**Backbord**«: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/12/Backbord_2021_Herbst_Winter_Doppelseiten.pdf. Auf den acht Seiten geht es um alle aktuellen Politikfelder, Schwerpunkte sind aber die Enteignungsdebatte, Obdachlosigkeit, der Cum-Ex-Skandal und Corona.



Die erste Hürde hat die **Volksinitiative gegen Rüstungsexporte** genommen: Am 14. Dezember konnten die Aktivist:innen **16.442 Unterschriften für ein Volksbegehren** gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen im Rathaus einreichen (<https://zivilier-hafen.de/>). Dazu der friedenspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mehmet Yildiz: »Rot-Grün sollte das Anliegen der Volksinitiative sofort umsetzen, anstatt sich mit der Ausrede einer vermeintlichen Verantwortung des Bundes um eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema zu drücken. Dass so etwas funktioniert, hat die Bremer Landesregierung mit dem landesgesetzlichen Verbot der Nukleartransporte über den dortigen Hafen gezeigt.« Einen kurzen NDR-Beitrag gibt's hier: www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Volksinitiative-gegen-Ruestungsexporte-uebergibt-Unterschriften,volksinitiative136.html.

Jetzt die Bodenwende einleiten, das ist die Kernforderung des Bündnisses Bodenwende, das sich am 15.

Dezember **für die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages zur gemeinwohlorientierten Bodenpolitik** ausgesprochen hat. Dieser Appell ist nicht von Pappe, denn hinter dem Bündnis stehen einflussreiche Organisationen wie u.a. etliche Architektenverbände, der Deutsche Mieterbund und der BUND. Wie sich dieser Zusammenschluss eine soziale und ökologische Boden- und Städtebaupolitik vorstellt, lässt sich hier nachlesen: www.srl.de/dateien/dokumente/de/PM-Buendnis-Bodenwende-15-12-2021.pdf.

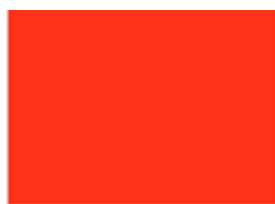
Ende November hat die **Hamburger Verbraucherzentrale in Kooperation mit dem Deutschen Mieterbund** eine Neuauflage ihres informativen Mieter-Handbuches publiziert. Aufgenommen wurden darin u.a. alle Änderungen des Mietrechts, es gibt unzählige Informationen für Mieter:innen, wenn es um Verträge geht, Betriebskostenabrechnungen, Energierechnungen usw. **Das Mieter-Handbuch** gibt es zum Preis von 14,90 Euro im Infozentrum der Verbraucherzentrale (Kirchenallee 22) und als Päckchen nach Kontaktaufnahme unter Tel. (040) 25 832-104 oder via Website www.vzhh.de/shop.

Eine besonders traurige Entwicklung hat sich in den vergangenen Monaten unter den Obdachlosen abgespielt. Insgesamt sind in diesem Jahr laut Angaben von »Hinz&Kunzt« alleine **bis Mitte November mindestens 29 Menschen auf Hamburgs Straßen verstorben**. (»Hamburger Morgenpost«, online vom 19.11.2021). Im Winter 2019/2020 waren es dagegen neun im öffentlichen Raum Verstorbene. Zutage gekommen waren die neuesten Zahlen aufgrund einer Kleinen Anfrage der LINKEN-Abgeordneten Dr. Stephanie Rose. »Zwei bis drei obdachlose Menschen sterben jeden Monat in Parks, Hinterhöfen und Bahnhöfen«, stellt sie fest. »Das macht mich fassungslos und es ist kein Zustand, an den wir uns gewöhnen dürfen« (zitiert aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 19.11.2021). Auch wenn die neue Ampelkoalition angekündigt hat, die Obdachlosigkeit bis 2030 abschaffen zu wollen, könnte und müsste Hamburg schneller in die Hufe kommen. Beispielsweise dadurch, dass die Aufenthaltsstätten dauerhaft, also rund um die Uhr geöffnet bleiben und Leerstände belegt werden, wie das eine Initiative aus St. Pauli kürzlich für das **seit 2015 (!) leer stehende Gebäude in der**

Detlev-Bremer-Straße 25-27 einforderte (<https://www.hinzundkuntz.de/initiativen-fordern-wohnzimmer-statt-hotelzimmer/>).



Stadtteil-Gesundheits-Zentrum
 Am Zollhafen 5b
 20539 Hamburg
 info@poliklinik1.org
 Tel: 040 8541 6656



STANDPUNKTE 10 / 2021

BENJAMIN-IMMANUEL HOFF, HEIKE WERNER,
 ALEXANDER FISCHER UND SUSANNE HENNIG-WELLSOW
**NOTWENDIGE ULTIMA RATIO
 IMPFPFLICHT**

Trotz grassierender Corona-Infektionen halten die Aktivitäten an, auch wenn verschiedentlich das Geld knapp wird. Nun hat die **Veddeler Poliklinik** einen Spendenaufruf veröffentlicht und um **Unterstützung für das Stadtteilgesundheitszentrum** gebeten. Seit 2017 ist diese interdisziplinäre Einrichtung gewachsen und sorgt in einer weithin benachteiligten Umgebung für eine gute, bedarfsgerechte Versorgung für alle Menschen. Wer Interesse hat an einer Einrichtung und Engagement an der Schnittstelle von sozialen und medizinischen Herausforderungen kann sich gerne melden bei der Gruppe für Stadtteilgesundheit und Verhältnisprävention e.V., Am Zollhafen 5 B, 20539 Hamburg.

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** hat in ihrer Reihe **»Standpunkte« als Nr. 10/2021** ein kurzes (sieben-seitiges), recht prägnantes **Papier zum Thema Impflicht** herausgegeben. Autor:innen sind einige bekannte Personen aus der LINKEN: Benjamin-Immanuel Hoff,

Heike Werner, Alexander Fischer und die Co-Parteivor-sitzende Susanne Hennig-Welsow. Der Titel der Schrift **»Notwendige Ultima Ratio: Impfpflicht«** macht bereits die Richtung klar, die in dem Diskussionsbeitrag angelegt ist. Wers lesen möchte, schaut hier: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2021.pdf.

Den etwas sperrigen Titel **Wanderungsverflechtung zwischen Hamburg und seinem Umland** hat ein am 15. Dezember vom **Statistikamt** veröffentlichtes Material, in dem die Bevölkerungsentwicklung im Hamburger Raum buten un binnen betrachtet wird. Interessant ist der Fakt, dass mehr Menschen aus Hamburg ins Umland verziehen als aus dem Umland zuziehen – im Jahre 2020 war das Verhältnis 24.580 zu 15.550. Die größten Zahlen unter den Zuzüger:innen stellten im vergangenen Jahr aber wieder Menschen aus den entfernteren Bundesländern und aus dem Ausland (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI21_185.pdf).

Wanderungen zwischen Hamburg und seinem Umland 2020			
Kreis/Landkreis	Hamburg 2020		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Hamburger Umlandkreise	15.600	24.580	- 8.980
Herzogtum Lauenburg	1.895	2.998	- 1.103
Pinneberg	4.011	5.779	- 1.768
Segeberg	2.397	3.846	- 1.449
Stormarn	3.218	5.139	- 1.921
Harburg	2.770	4.992	- 2.222
Stade	1.309	1.826	- 517
Restliches Bundesgebiet	38.878	33.481	5.397
Ausland	31.407	23.767	7.640
Insgesamt	85.885	81.828	4.057

Cum-Ex: Steuerraub mit Ansage?

Eine Chronik über das politische und behördliche Versagen im Falle Cum-Ex

Von Vivien Otten*

Die illegalen Finanzgeschäfte des Dividendenstrippings à la Cum-Ex sind ähnlich schwer nachvollziehbar wie die Aussagen des Finanzministers, Kanzlerkandidaten und damaligen Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz. Am 30. April dieses Jahres sagte er vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft als Zeuge aus. Er beteuerte, sich in keiner Weise in das Steuerverfahren der Warburg Bank eingemischt zu haben – das wäre schließlich eine politische Dummheit und zu solchen neige er nicht. Mit Blick auf die lange Liste seiner politischen Fehler ist diese Behauptung nicht nur völlig haltlos, sondern auch gefährlich.

Der Hamburger Untersuchungsausschuss, der seit Februar regelmäßig tagt, soll untersuchen, ob die Politik im Steuerfall Warburg Einfluss auf die Finanzverwaltung genommen hat. Dass sich dieser Ausschuss überhaupt gebildet hat, ist der Hamburger Opposition zu verdanken – also der LINKEN, CDU und FDP. Den Ausschuss nahm die SPD nur zähneknirschend hin, leiten darf sie ihn aber immerhin selbst: Drei Monate wurden überhaupt keine Sitzungen abgehalten, kritische Zeugen, wie die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer oder die Kölner Staatsanwaltschaft, kamen erst nach der Bundestagswahl zu Wort.



Das Hamburger Warburg-Bankhaus (Foto: V. Otten)

Früh war klar: Cum-Ex ist rechtswidrig

Die Warburg Bank hat die illegalen Cum-Ex-Geschäfte im großen Stil betrieben – alleine für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 ließ sie sich über 90 Millionen Euro vom Finanzamt erstatten, die sie vorher niemals gezahlt hatte. Spätestens 2015 war auch die rechtliche Bewertung eindeutig: Es handelte sich um Steuerraub.

Das lukrative »Geschäftsmodell« von Cum-Ex beruhte im Kern darauf, sich die einmalig gezahlte Kapitalertragsteuer mehrfach rückerstatten zu lassen, und zwar über Leerverkäufe. Bei Cum-Ex-Geschäften leiht sich ein Leerkäufer die Aktie vor dem Dividendenstichtag, bekommt sie nach dem Stichtag geliefert und gibt sie dann wieder an den Eigentümer zurück. Wirtschaftlicher Eigentümer der Aktie war der Leer-

käufer zum Dividendenstichtag also nie, weshalb die Steuer-rückzahlungen rechtswidrig sind. Cum-Cum-Geschäfte laufen ähnlich: Steuerausländer, z.B. ausländische Fonds oder Versicherungen, halten deutsche Aktien, aber haben kein Anrecht auf die Steuererstattung. Also wandern die Aktien um den Dividendenstichtag nach Deutschland und wieder zurück, so dass das Finanzamt denkt, die Aktien besitze ein Steuerinländer, der Anrecht auf eine Steuererstattung hätte. Stimmt aber nicht. Nach den Transaktionen wird die Beute unter den Beteiligten aufgeteilt.

Lange Zeit blieb das unentdeckt, was auch daran lag, dass die Abführung und Bescheinigung der Kapitalertragsteuer bis 2011 institutionell voneinander getrennt waren: Die Aktiengesellschaft behielt die Steuer ein und führte sie ab, die Beschei-

nigung stellte aber die Depotbank des Aktieninhabers aus. Im Falle Warburg stellte sich die Bank die Bescheinigungen sogar selbst aus. Die Kölner Staatsanwältin Brohrhilker äußerte sich auf der letzten Sitzung über das Vorgehen schockiert: »Das kenne ich sonst nur aus dem Baugewerbe.« Autsch, das sitzt.

Den ersten Hinweis lieferte im Jahr 2014 die Oberfinanzdirektion Frankfurt: Es bestehe der Verdacht, die Warburg Gruppe habe an sogenannten ungedeckten Leerverkäufen teilgenommen – ein starkes Indiz für Cum-Ex-Geschäfte. Die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer gingen dem Verdacht nach und entschieden: Die Deutsche Bank, die den Leerverkauf abgewickelt hatte, hätte die Kapitalertragssteuer abführen müssen – damit war die Warburg-Bank vorerst aus dem Schneider. Diese Einschätzung sollte sich schon bald als falsch entpuppen.

Plötzliche Kehrtwende

Im Februar 2016 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln die Räume der Warburg Bank wegen Verdachts der Steuerhinterziehung. Die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer sammelten bei der Bank genug Indizien, um die Steuer zurückfordern zu können. Bei einem Treffen mit Warburg-Vertretern hat Frau P., Sachgebietsleiterin im Finanzamt für Großunternehmen, die Botschaft zwar überbracht, den Vermerk aber nicht offiziell übergeben – zur Wut der Betriebsprüfenden. Frau P. wollte Rückendeckung von der Finanzbehörde und schrieb daraufhin einen 28-seitigen Vermerk. In diesem listete sie akribisch auf, warum sie zu dem Entschluss kam, dass die erstattete Steuer zurückgefordert werden müsse.

Schon damals war die enge Verstrickung zwischen der Warburg-Bank und dem Cum-Ex-Architekten Hanno Berger bekannt. Frau Brohrhilker hatte zu dem Zeitpunkt bereits mindestens einen Kronzeugen verhört, der Leerverkäufe für die Warburg durchgeführt hatte. Frau P. listete sogar minutiös auf, warum die Bank grob fahrlässig gehandelt hatte und deshalb eine Rücknahme der Steueranrechnung legitim war. Damit war die Sache eigentlich klar: Nach Ansicht des Finanzamts müsste Warburg die zu Unrecht erhaltenen Gelder zurückzahlen.

Doch im entscheidenden Gespräch zwischen Finanzamt und Finanzbehörde vollzog sich unerwartet eine Kehrtwende: Die Finanzbehörde lehnte die Rückzahlung ab, alle Beteiligten plädierten einvernehmlich dafür, dass Warburg die Steuern behalten darf. Zeugenaussagen konnten nicht glaubwürdig begründen, was zu diesem Umschwung geführt hatte. Die Tagebücher des Mitinhabers der Warburg Bank Christian Olearius enthüllten, dass Frau P. ihm empfohlen hatte, »politischen Beistand« einzuholen. War das also der Grund, warum die Finanzbehörde entschied, der Warburg Bank die 47 Millionen zu schenken?

Geplante Intervention

Genau zwischen dem ursprünglichen Entschluss des Finanzamts, die Steuer rückzufordern, und der plötzlichen Ument-scheidung, dies doch nicht zu tun, liegen die beiden Treffen von Scholz und Olearius. Zu diesem Zeitpunkt wusste Scholz

mindestens aus der Presse, dass die Staatsanwaltschaft gegen das Bankhaus aufgrund der Verwicklungen in Cum-Ex-Geschäfte ermittelt. Per Telefon verwies Scholz Olearius dann an seinen Finanzsenator Peter Tschentscher: Dem solle Olearius das Argumentationspapier der Bank schicken. Scholz behauptet, dies böte keinen Anlass zum Verdacht der politischen Einflussnahme, sondern entspräche dem normalen Dienstweg – dabei lag das Papier schon längst beim Finanzamt.

Die Argumente, die in diesem Papier dargelegt wurden, sollten den Finanzsenator offensichtlich überzeugen – und genau das hat auch funktioniert. Der Verdacht des politischen Einflusses von ganz oben ist also alles andere als aus der Luft gegriffen. Seitenlang erklärt die Bank, dass an den Cum-Ex-Geschäften nichts illegal sei. Falls doch, dann seien sie nicht beteiligt gewesen. Und sollten sie doch beteiligt gewesen sein, dann wussten sie davon nichts. Aus der Schlinge ziehen kann man sich mit dieser ohnehin wenig glaubwürdigen Darlegung allerdings nicht. Die Abgabenordnung, also das Gesetzbuch für Steuern, ist hier sehr eindeutig: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Das wusste auch Frau P. Doch laut Zeugenaussagen sei die Finanzverwaltung sehr besorgt darüber gewesen, dass die Bank durch die Steuerrückforderung pleitegehen würde und die Beamten eine Amtshaftungsklage fürchteten.

Stichhaltig ist dieses Argument nicht. Schon im Frühjahr 2016 schien man sich bei Warburg wegen möglicher Steuerrückforderungen Sorgen zu machen, da die beiden Bankeninhaber Olearius und Warburg einen Schuldbeitritt vollzogen – also gewissermaßen für die Bank bürgten. Außerdem darf die Angst einer Klage bei einer Ermessensentscheidung nie eine Rolle spielen.

Behördenversagen und Bankenmacht

Im gesamten Prozess der Aufklärung fehlte nicht nur geschultes und spezialisiertes Personal – es fehlte grundsätzlich an Personal. Davon profitierten vor allem die Banker. In Hamburg bearbeiten momentan vier (!) Finanzbeamte Cum-Cum und Cum-Ex-Fälle in Höhe von einer halben Milliarde Euro. Jeder Betriebsprüfer oder Steuerfahnder holt im Jahr durchschnittlich 1 bis 1,5 Millionen Euro ein – anstatt Stellen zu kürzen, würde es sich finanziell also viel stärker auszahlen, in den Ausbau der Behörden zu investieren. Der Sparzwang der Regierung sieht allerdings anderes vor. Die Banken danken.

Cum-Ex-Geschäfte konnten im großen Stil erst dadurch realisiert werden, dass weite Teile der Finanz- und Beratungsindustrie, darunter auch große Anwaltskanzleien, mitbeteiligt waren. Der Zeitpunkt für die An- und Verkäufe musste zwischen mehreren Akteuren präzise abgestimmt werden. Hanno Berger, der vor seiner kriminellen Karriere selbst im Finanzamt Frankfurt arbeitete, beförderte Cum-Ex-Geschäfte. Er sicherte sie vermeintlich rechtlich ab und bezahlte Wissenschaftler für Aufsätze, in denen genau das geschrieben stand, was er wollte. Mit diesem Material und angeblichen Amtshaftungsklagen wurden später Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter eingeschüchtert, die Cum-Ex-Fälle auf dem Tisch hatten.

Die Zeugenaussagen im Hamburger Untersuchungsausschuss lassen ein ähnliches Vorgehen erkennbar werden. Das

Bundesministerium der Finanzen (BMF) – also die oberste Bundesbehörde, die die Steuerverwaltung überwacht – versuchte 2007, Cum-Ex-Betrug durch das Jahressteuergesetz zu unterbinden. Ein Mitarbeiter des BMF baute daraufhin Formulierungen aus einem Positionspapier des Bankenverbandes in den Text ein – wofür ihn die Bankenlobby ordentlich bezahlte. Die Cum-Ex-Räuber hatten es damit nicht schwerer, sondern sogar noch leichter ihre Geschäfte für legal zu erklären. 2012 hat das BMF den illegalen Geschäften dann endlich einen Riegel vorgeschoben. Doch schon jetzt gibt es mehrere Hinweise darauf, dass Cum-Ex-ähnliche Modelle immer noch genutzt

werden. Welche krummen Finanzprodukte momentan im Umlauf sind, werden wir vermutlich erst Jahre später erfahren.

* Vivien Otten ist Referentin von David Stoop, MdHB für DIE LINKE

Der Artikel erschien in einer ersten Version online am 29.9.2021 im Magazin »Jacobin«: <https://jacobin.de/artikel/denn-sie-wussten-was-sie-tun-cum-ex-untersuchungsausschuss-hamburg-spd-olaf-scholz-olearius-tschentscher/>. Der Beitrag ist für diesen »Bürger:innenbrief« um etwa ein Drittel gekürzt, aber zugleich auch mit Stand vom 7.12.2021 aktualisiert worden.

Gnadenlos rechtspopulistisch (II)

Von Gaston Kirsche

»Die Schillpartei hatte noch keinen faschistischen Flügel«, erinnert sich Felix Krebs.« So endete der erste Teil des Beitrags von Gaston Kirsche zu 20 Jahren Ronald Barnabass Schill als Zweiter Bürgermeister und Innensenator in Hamburg. Wer diesen im November 2021 im »Bürger:innenbrief« erschienenen Teil lesen möchte, schaut unter (www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/11/Bu%CC%88rgerInnenbrief_Sudmann_Boeddinghaus_2021-11_web.pdf). Hier folgt nun der zweite Teil und damit das Ende des Artikels, für den wir dem Autor nochmals herzlich danken. Unser Dank für die üppige Bebilderung geht auch an das Kollektiv des Archivs der Sozialen Bewegungen in der Roten Flora.

Gleichwohl war die Regierungsbeteiligung der Schill-Partei in der Bundesrepublik ein Tabubruch – zum ersten Mal seit den 50iger Jahren war wieder eine rechtspopulistische Partei in einer Landesregierung vertreten. Linke unterschätzten die Bedeutung dieses Tabubruches anfänglich: »Bei den Demonstrationen gegen Schill im Wahlkampf gab es die starke Tendenz – und entsprechende Parolen –, Schill und Scholz gleich-

ja leider eine breitere Tendenz und diverse Dinge für die Schill und die Schill-Partei eine Vorreiterrolle einnahmen sind anderenorts später auch aufgetaucht«. Dabei wurden die Proteste gegen die Schill-Partei vor allem von radikaleren Linken getragen, und »von direkt von der Schill-Politik Betroffenen«, so Feldberg, nur bei »größeren Demos war schon auch eine breitere Gruppe da.«

Die gingen erst ein halbes Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU, Schill-Partei und FDP los: »Ich erinnere mich an etliche Demonstrationen gegen Schill und gegen den Schwarz-Schill-Senat, und zwar in vielen Bereichen«, so Christiane Schneider. ver.di und ein Bündnis »Sozialpolitische Opposition« (SoPo) organisierten Demos und Aktionswochen. Am 16. April 2002 demonstrieren rund 8.000 Menschen in Hamburg. Zum ersten Mal in der Hamburger Geschichte durfte die Gewerkschaft ver.di nicht in der Innenstadt demonstrieren. Die Demos wurden von Polizei eingekesselt begleitet. Im Juni 2002 gab es zwei Großdemonstrationen: Eine – zu ihr hatten der DGB und rund 100 migrantische Organisationen und Flüchtlingsinitiativen aufgerufen – richtete sich gegen die »Ausländerpolitik« Schills, gegen seine rassistische Hetze und seine brutale Flüchtlingspolitik. Die andere Großdemonstration richtete sich gegen die Schul- und Hochschulpolitik des CDU-Schill-FDP-Senats: Rund 40.000 Eltern, Studierende, Schüler:innen und Lehrer:innen protestierten. An der Uni wurde gestreikt gegen die Einführung von Studiengebühren und eine marktorientierte Hochschulreform. Es gab zahlreiche Demonstrationen gegen die Kürzungen des CDU-Schill-FDP-Senats im sozialen Bereich und gegen die harte Drogenpolitik Schills, insbesondere als die Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft losgingen.

2003 wird das Kita-Gutscheinsystem von FDP-Senator Lange eingeführt. Mit dem Zugeständnis eines verbesserten



Alle Fotos zu diesem Artikel sind Momentaufnahmen von Protestdemos gegen SCHILL und die PRO (Fotos: Archiv Kollektiv/Archiv der Sozialen Bewegungen in der Roten Flora)

zusetzen«, erinnert sich Christiane Schneider: »Bei aller Kritik an Scholz und seinen autoritären Tendenzen, in der Gleichsetzung zeigt sich eine Unterschätzung Schills.« Auch Annika Feldberg erklärt rückblickend, dass Linke 2001 vor allem die »umfassende Wirkung« von Schill unterschätzt haben: »das ist

Personalschlüssels wurde die Einführung bei den Kita-Trägern, bei deren Verbänden durchgesetzt. Das Gutscheinsystem privatisierte den Kita-Bereich. Die Bewilligungskriterien – Berufstätigkeit beider Eltern – sorgten für die Ausgrenzung der Kinder von Erwerbslosen und Migrant*innenfamilien. Die Einführung wurde von chaotischen Verhältnissen begleitet. Es kam zum Gutscheinstopp. Eltern und Beschäftigte sammelten innerhalb kurzer Zeit 170.000 Unterschriften für weitere Verbesserungen der Rechtsansprüche. Der zuständige Senator Lange trat zurück, wurde durch ein anderes FDP-Mitglied ersetzt. Aber nicht nur im Kita- und Sozialbereich stieß der CDU-Schill-FDP-Senat mit seinem massiven Abbau sozialer Rechte auf Protest.

Räumung des Bauwagenplatzes Bambule

Ein wichtiges Ereignis für die Entwicklung der Proteste von großer Bedeutung war die von Schill verfügte, gewaltsame Räumung des Bauwagenplatzes Bambule am 4. November 2002. Monatlang gab es danach schwere Auseinandersetzungen und immer wieder brutale Polizeieinsätze. Die von der Räumung Betroffenen erhielten nicht nur große Unterstützung durch die autonome Szene und die Fanszene des FC St. Pauli, sondern auch aus anderen Teilen der Gesellschaft. Gut einen Monat nach der Räumung riefen ver.di und der gesamte DGB zur Großdemonstration »Für ein soziales Hamburg« auf, zu der ausdrücklich die Bewegung für den Erhalt des Bambule-Bauwagenplatzes eingeladen war. 2003 kam es zu erheblichen Protesten gegen Polizeigewalt, nachdem Schill eine große Demonstration von Schüler*innen gegen den Irak-Krieg brutal zusammenknüpfeln ließ. Ein wachsender Teil der Stadtgesellschaft wurde aktiv gegen den CDU-Schill-FDP-Senat. Im Sommer kam es dann am 19. August zum Showdown, als Bürgermeister Ole von Beust den Innensenator Ronald Schill entließ.

Zwar sei Schill gescheitert, aber das »soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass er mit seiner von Feindbildern geprägten Weltanschauung, mit der rassistischen Verknüpfung von Kriminalität und »Ausländern«, seinen Tiraden vom »Werteverlust«, seinem Autoritarismus rechten Protest im politischen System etabliert und die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik vorangetrieben hat«, resümiert Christiane Schneider.



Die Schill-Partei war eine Wegbereiterin der AfD. Noch mehr als die Schill-Partei selbst tragen hier allerdings neben den Schill unterstützenden Medien die Hamburger Landesverbände von CDU und FDP Verantwortung, die sofort bereit waren, mit der Schill-Partei zu koalieren, als sich die Gelegenheit bot. Vielleicht ist es auch deswegen auch so auffällig ruhig um den Jahrestag der Amtseinführung der CDU-Schill-FDP-Koalition.

Schills Boys in Hamburgs Polizei

Als Ronald Schill im Bürgerschaftswahlkampf 2001 immer wieder beschwor, »unsere schöne Stadt« Hamburg sei die »Kriminalitätshauptstadt Deutschlands«, hielt er sich nicht mit Statistiken auf, aber stellte Behauptungen auf: Er werde die »Kriminalität innerhalb von 100 Tagen halbieren« und damit »auf das Niveau von München senken« erklärte er oft und gerne, sobald ein eingeschaltetes Mikrophon in seiner Nähe war. Er würde sofort »2.000 neue Polizisten einstellen« und um straffällig gewordene Jugendliche wegzusperren würde er 200 Plätze in einer Geschlossenen Unterbringung schaffen. Nachdem er am 31. Oktober als Zweiter Bürgermeister und Innensenator der CDU-FDP-Schill-Koalition vereidigt worden war, versuchte er zügig, seine Vorhaben umzusetzen. Statt 2.000 konnte er in seinem ersten Amtsjahr nur 500 neue Polizisten einstellen, und in der geschlossenen Einrichtung Feuerbergstraße wurden auch nur 12 Plätze für einzusperrende Jugendliche eingerichtet, aber die Richtung war klar: Repression statt Sozialarbeit, Bestrafung statt Erziehung.

Schill setzte auf Symbolpolitik und schnelle Effekte. So orderte er neue Polizeiuniformen – blau statt grün –, womit er eine EU-Regelung sehr zügig umsetzte. Und Schill handelte mit der Niederlassung von Harley-Davidson die kostenfreie Lieferung von 20 schweren Motorrädern für die Polizei aus – für eine einjährige Erprobung.

Den Hamburger Hauptbahnhof mitsamt den Vorplätzen ließ er lautstark mit klassischer Musik beschallen, um Drogenabhängige von dort zu vertreiben. Die sind tatsächlich nicht mehr am Hauptbahnhof, sondern ein paar Straßenecken weiter in einem kleinen Park vor der großen Drogenhilfseinrichtung »Drob Inn«, wo sie sich unter Aufsicht Drogen spritzen können und auch substituiert werden können. Was



Schill 2002 als seinen Erfolg verkaufen wollte, lag daran, dass er sich nicht durchsetzen konnte: Denn Schill war ursprünglich gegen Methadonprogramme, kontrollierte Heroinabgabe und akzeptierende Drogenhilfseinrichtungen. Aber die Beschaffungskriminalität war Anfang der nuller Jahre auf Rekordniveau: Autoradiodiebstahl, Kaufhausdiebstähle ... Dass es tatsächlich nach der Wahl nach unten ging mit der Kriminalität, lag nicht an Schill: »Allerdings lag der Rückgang aus meiner Sicht in der Medikamentenstudie zur Vergabe von Heroin an 500 schwerst abhängige Heroinsüchtige begründet«, so Frank Loeding zum Autor: »der Grund war die sinkende Beschaffungskriminalität. Das war auch der Grund, warum Schill seinen Widerstand gegen die Studie nach der Wahl aufgab«. Die Polizei rechnete mit drei Beschaffungsstraftaten pro Tag pro Schwerstabhängigen – die fielen bei denen weg, die durch die Studie an Heroin kamen. So gesehen war für Schill die Heroinstudie ein Glücksfall, obwohl er im Wahlkampf noch großspurig erklärt hatte, bei kontrollierter Heroinabgabe sei »der Staat ein Dealer«. So stillschweigend er hier seinen Kurs revidierte, weil er darin einen Vorteil sah, umso lautstärker stellte er sich gerne demonstrativ hinter die Polizei.



Am Heiligabend 2001 eilte der an medialen Inszenierungen sehr interessierte Innensenator Schill abends in die Polizeiwache Oberaltenallee. Dort saß ein Oberkommissar, der wenige Stunden zuvor einen Einbrecher erschossen hatte: Dass sei in Notwehr geschehen, es habe einen Schusswechsel gegeben, dabei sei Julio V. gestorben. Schill übernahm unhinterfragt diese Version der Gefahr durch »bewaffnete Einbrecher« im Flur des Hauses und verkündete sie gegenüber Journalisten. Nicht an die Öffentlichkeit kam, was die Mordkommission laut Manfred Getzmann, dem Anwalt der Familie des Getöteten, ermittelt habe: Julio V. sei auf der Flucht bereits im Garten von oben aus dem Haus in den Rücken geschossen worden, es habe keinen Schusswechsel gegeben. Die rechtliche Aufarbeitung zog sich lange hin, mal wurde der Polizist wegen Totschlags verurteilt, aber letztendlich wurde er freigesprochen. In jedem Fall erfuhr er durch Schill eine Bestätigung.

»Die ersten beiden Maßnahmen, die Schill als Innensenator ergriff, waren die Auflösung der unabhängigen Polizeikommission, die als Konsequenz aus dem Hamburger Polizeiskandal gebildet worden war, und die Absetzung der ersten und ein-



zigen Ausländerbeauftragten Hamburgs«, erinnert sich Christiane Schneider, 2002 bis 2006 Sprecherin der PDS Hamburg, ab 2008 zwölf Jahre Abgeordnete und innenpolitische Sprecherin für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Beim Hamburger Polizeiskandal ging es um Vorwürfe wie Scheinhinrichtungen von Festgenommenen. So wenig wie die Polizei von außen kontrolliert werden sollte, so wichtig war es Schill, Polizisten zu protegieren, die für ein hartes, repressives Vorgehen eintreten. Und dazu hatte er in seiner Amtszeit von 2001 bis 2003 viel Gelegenheit: »Hamburg befindet sich insofern in einer Sondersituation, als dass 2001 alle relevanten Schaltstellen bei der Polizei in kürzester Zeit mit Schill-Indianern neu besetzt wurden«, erklärte Thomas Wüppesahl, Gründer der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten Anfang 2014 im Interview mit der taz: »Und die sind da immer noch, daran hat weder die schwarz-grüne Regierung noch die jetzt allein regierende SPD etwas geändert. Die Polizei macht in dieser Stadt die Innenpolitik«. Die Polizeiführung entscheidet, ob und wie der Einsatz bei Demonstrationen und Versammlungen durchgeführt wird: Eskalieren oder Deeskalieren.

Schill hat hier nachhaltig die Weichen für Karrieren gestellt: »2001 berief er Hartmut Dudde zum Leiter der Bereitschaftspolizei und den bayerischen Kriminaldirektor und Hardliner Udo Nagel zum Polizeipräsidenten, zwei nachhaltig wirkende Entscheidungen, die den bis heute geltenden, besonders autoritären und repressiven Kurs der Hamburger Polizei begründen«, so Christiane Schneider gegenüber dem Autor: »Man muss wissen, dass 2003 drei Viertel der Hamburger Polizeiführung in Pension ging. Die Nachbesetzungen fallen in die Zeit Schills. Dudde und Nagel sind nur die Spitze eines Eisbergs. Die unter Schill, Nagel, Dudde sozialisierten Polizeiführer setzen den Kurs bis heute fort. Liberalere Polizeibeamte wurden und werden bis heute immer wieder aussortiert und strafversetzt.«

Der von Schill geförderte Udo Nagel wurde 2004, nachdem die Schill-Partei nicht mehr im Senat vertreten war, von der dann allein regierenden CDU zum neuen Innensenator ernannt.

Neuer Polizeipräsident wurde Werner Jantosch. Unter dem Innensenator Schill kam Jantosch zuvor in den Präsidialstab

der Polizeiführung und wurde 2003 Polizei-Vizepräsident. Den damaligen Polizeipräsidenten Nagel kannte Jantosch seit den 80er-Jahren aus einem Führungskräfte-Seminar an der Polizeiakademie Hiltrup. Werner Jantosch setzte ab 2004 den Kurs Udo Nagels fort. Im August 2010 wurde ein anonymes Brief mehrerer Polizeiführer der mittleren Ebene gegen die Führungsriege der Polizei öffentlich: »In Sorge um die Polizei in Hamburg« warfen sie Polizeipräsident Werner Jantosch einen diktatorischen Führungsstil vor. Außerdem würden die Polizeidirektoren Kuno Lehmann und Peter Born in »Schillscher Tradition« ein »Kartell des Schweigens« in der Polizei bilden. In der Polizeiführung gäbe es weder »Nachdenklichkeit noch Selbstkritik – geschweige Änderungsbereitschaft«, heißt es in dem Brief, den die »Hamburger Morgenpost« zugeschickt bekam. Polizeipräsident Jantosch besetzte die Polizeiführung mit ebenfalls von Schill geförderten Leuten wie den Polizeiführern Kuno Lehmann und Peter Born, die bis 2014 im Amt waren.



Ein Vertrauter von Hartmut Dudde ist wiederum auch der derzeitige Polizeipräsident Ralf Meyer, der bis 2010 Polizeipressesprecher und auf Walter Jantosch folgte. Auch Ralf Meyers Karriere nahm offensichtlich unter Innensenator Ronald Schill 2002 Fahrt auf.

Seit April 2016 war Hartmut Dudde als Gesamteinsatzleiter der Polizei beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 eingesetzt. Die Strategie der eskalierenden Polizeigewalt beim G20-Gipfel wurde so von einem Leitenden Polizeidirektor konzipiert und geleitet und von einem Polizeipräsidenten verantwortet und gedeckt, deren Karrieren von dem rechtspopulistischen, brachialen Innensenator Ronald Schill protegiert wurden – Hartmut Dudde und Ralf Meyer. Oder, in Duddes Worten gegenüber der »Welt am Sonntag« 2015: »Wenn wir sagen, hier ist Schluss, dann ist da Schluss. Da reagieren wir auch. Wir warten nicht ab, wenn Straftaten begangen werden«. Immer drauf. Im Mai 2018 wurde Dudde zum Chef der Hamburger Schutzpolizei ernannt. Die Polizeigewalt beim G20-Gipfel war der Karriere in Hamburgs Polizeiführung eher förderlich als hinderlich. Schills Schatten fällt immer noch auf Hamburgs Polizei.



Nachfolger von Peter Born als Gesamteinsatzleiter der Hamburger Polizei wurde Hartmut Dudde, der vorher gut mit ihm zusammengearbeitet hatte, etwa bei der Ausrufung der Gefahrengebiete in St. Pauli und dem Schanzenviertel 2013 oder der Zerschlagung der großen Demonstration für die Rote Flora am 21. Dezember 2013.

Danke, lieber Gaston Kirsche, für diesen aufschlussreichen Rückblick in die Schill-Ära.



Kulturtipp

Filmstadt und Hauptrolle: Hamburg im Kino

Eine schöne Ausstellung mit einigem Herzschmerz- und hohem Erinnerungspotential hat kürzlich das Altonaer Museum (Museumsstraße 23) eröffnet. Ihr Titel: »Close-up. Hamburger Film- und Kinogeschichten«. Die Ausstellung feiert 125 Jahre bewegte Bilder in Hamburg, denn 1895 war mit »Knopfs Lichtspielhaus« am Spielbudenplatz 20 das erste örtliche Kino eröffnet worden. In den darauffolgenden Jahrzehnten hat sich Hamburg zu einem der bedeutendsten deutschen Filmorte entwickelt. Von »Große Freiheit Nr. 7« (1944) bis »Soul Kitchen«

Nun also kommen diese 125 Jahre Film und Kino ins Museum. In gewisser Hinsicht ein wenig absurd, bewegte Bilder in die Tempel der Ruhe und Besinnung zu bringen. Aber Museen heutzutage präsentieren sich eh schon ganz anders als noch vor gar nicht so langer Zeit. Und so gehört zu den Clous im Altonaer Theater dieses Mal eine ganze Auswahl an kurzen Filmausschnitten, die in den fünf Räumen – quasi in fünf Hamburger Kinosälen – gezeigt werden. Und natürlich gehören dort auch die Kinostühle hin, auf denen schon ganze Generationen geweint, gelacht und geschmachtet haben.

Nicht zuletzt wird natürlich auch die Geschichte erzählt und dokumentiert, z. B. der UFA-Palast im erst kürzlich abgerissenen Deutschlandhaus, in den 1920er Jahren mit 2665 Plätzen das größte Kino Europas überhaupt. Oder auch das »Savoy« am Steindamm, das Mitte der 1950er Jahre das kontinental erste Superbreitwand-Format auf die Bühne brachte.

Erfreuen können sich Besucher:innen noch bis zum 18. Juli 2022 an dem, was das Altonaer Museum selbst mit diesen Worten bewirbt: »Hamburg steht für besondere Filme: Seemannsromantik, schonungsloser Realismus, experimentelles Kino, Filme von der Straße und urbane Vielfalt. Die Filmstadt Hamburg hat eine außergewöhnliche und facettenreiche Geschichte. Hier entstehen seit mehr als 125 Jahren besondere Filme, und die Stadt hat viele Genres mitgeprägt. Dabei spielt Hamburg als Stadt oft eine heimliche Hauptrolle.« ♦



Museumswerbung: Szenenfotos aus »Absolute Giganten« (1998) und »Gegen die Wand« (2004)

(2009), immer war Hamburg Drehort und Kulisse für bedeutende Streifen. »Filmstadt Hamburg« hat Michael Töteberg seinen immer wieder erweiterten Klassiker im VSA-Verlag überschieden. In der bisher letzten Edition umfasst das Buch auf 368 Seiten alle Kino-Geschichten unserer Metropole: »Stars, Studios, Schauplätze«.

ismus, experimentelles Kino, Filme von der Straße und urbane Vielfalt. Die Filmstadt Hamburg hat eine außergewöhnliche und facettenreiche Geschichte. Hier entstehen seit mehr als 125 Jahren besondere Filme, und die Stadt hat viele Genres mitgeprägt. Dabei spielt Hamburg als Stadt oft eine heimliche Hauptrolle.« ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg